

# Allgemeine Prüfungsordnung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg (APO)

Vom 10. Februar 2010

## Vorbemerkung zum Sprachgebrauch

Diese Satzung enthält Rechtsvorschriften. Nach Art.3 Abs.2 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen gelten daher für Frauen und Männer in gleicher Weise.

Auf Grund von Art.13 Abs.1 Satz 2, 61 Abs.2 Satz 1 und Abs. 8 Satz 2 des Bayerischen Hochschulgesetzes – BayHSchG – vom 23. Mai 2006 (BayRS 2210–1–1–WFK) i.V.m. § 1 Abs.2 der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen –RaPO– vom 17. Oktober 2001 (BayRS 2210–4–1–4–1–WFK), §§ 31 a und c der Verordnung über die Qualifikation für ein Studium an den Hochschulen des Freistaats Bayern und den staatlich anerkannten nichtstaatlichen Hochschulen (QualIV) in der jeweils geltenden Fassung erlässt die Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg folgende Satzung:

## Inhaltsübersicht

§ 1 Geltungsbereich

### Erster Teil: Allgemeine Regelungen

§ 2 Studien- und Prüfungsordnungen

§ 3 Semesterterminplan, Termine für Prüfungen und besondere Zulassungsvoraussetzungen

§ 4 Studien-, Prüfungsplan

§ 5 Module

### Zweiter Teil: Prüfungen und Prüfungsverfahren

§ 6 Prüfungen

§ 7 Aufgabenstellung, Verfahren, Bewertung

§ 8 Zulassungsvoraussetzungen

§ 9 Abschlussarbeit

§ 10 Anmeldung zur Prüfung, Meldeverfahren

§ 11 Anrechnung auf Studium und Prüfung

§ 12 Täuschung

§ 13 Regeltermine, Fristen und Wiederholung

§ 14 Probestudium

§ 15 Hochschulöffentliche Bekanntmachungen, Mitwirkungs-, Informations- und Sorgfaltspflicht

§ 16 Mängel im Prüfungsverfahren, materielle Bewertungsmängel, Überdenkungsverfahren

§ 17 Rechtsbehelfsverfahren

§ 18 Akademische Grade, Zeugnisse, Urkunden

### Dritter Teil: Praktisches Studiensemester

§ 19 Praktisches Studiensemester und ggf. vorausgehendes Praktikum (praktische Studienabschnitte)

§ 20 Ausbildungsvertrag

§ 21 Praxisprüfungen

### Vierter Teil: Prüfungsorgane, weitere Organe, Prüfungs- und Praktikantenamt

§ 22 Prüfungsausschuss und Prüfungskommissionen (Prüfungsgremien)

§ 23 Geschäftsgang der Prüfungsgremien, Grundsätze

§ 24 Prüfer

§ 25 Weitere Organe: Praktikantenausschuss, Praxisbeauftragte/r

§ 26 Prüfungs- und Praktikantenamt, Zuständigkeiten

### Fünfter Teil: Sonstiges

§ 27 Aufbewahrung

§ 28 In-Kraft-Treten, Außer-Kraft-Treten

## Geltungsbereich

<sup>1</sup>Diese Prüfungsordnung dient der Ausfüllung und Ergänzung der RaPO in der jeweils geltenden Fassung. <sup>2</sup>Sie enthält Regelungen für das Studium und Prüfungswesen, die für alle Studiengänge gelten. <sup>3</sup>Sie wird fachlich durch die Studien- und Prüfungsordnung (SPO) des jeweiligen Studiengangs ergänzt. <sup>4</sup>Regelungen dieser Prüfungsordnung gehen entsprechenden Regelungen der SPO vor. <sup>5</sup>Bei kooperativen Studiengängen wird die Anwendung der APO im Kooperationsvertrag geregelt.

## Erster Teil: Allgemeine Regelungen

### § 2

#### Studien- und Prüfungsordnungen

(1) Die Genehmigung der SPO durch den Präsidenten setzt voraus, dass

1. sie nicht gegen eine Rechtsvorschrift verstößt,
2. sie Zielvereinbarungen mit dem Staatsministerium und Zielen der Hochschulentwicklung ausreichend berücksichtigt und diesen nicht widerspricht,
3. die Studierbarkeit in Inhalten und Anforderungen der Regelstudienzeit entspricht,
4. das Studienprogramm finanziell, personell, räumlich und sachlich nachhaltig gesichert ist,
5. die Organisation einschließlich des Verwaltungsvollzugs gesichert ist,
6. sie so gründlich angelegt ist, dass sie erwarten lässt, dass sie erst anlässlich einer grundlegenden Reform oder auf Grund von Maßgaben anlässlich einer Akkreditierung und nicht vor Ablauf einer durchschnittlichen Studiendauer geändert werden muss,
7. keine belastende Rückwirkung für Studierende erfolgt,
8. das diploma supplement samt zugehöriger Anlagen vorliegt und
9. die Satzung im Senat grundsätzlich bis spätestens Ende Mai bei einem In-Kraft-Treten zum Wintersemester bzw. bis spätestens Ende Dezember bei einem In-Kraft-Treten zum Sommersemester des Jahres beschlossen wurde.

(2) Soweit möglich, muss die SPO Art, Anzahl, Dauer bzw. Rahmen der Bearbeitungszeit von Prüfungen, Gewicht für die Bildung der End- und Prüfungsgesamtnote sowie allgemeine und besondere Zulassungsvoraussetzungen festlegen; im Übrigen regelt dies der Studien- und Prüfungsplan.

### § 3

#### Semesterterminplan, Termine für Prüfungen und besondere Zulassungsvoraussetzungen

(1) Der Plan des Prüfungsausschusses zum Prüfungsverfahren mit Festlegung der Ausschlussfrist für die Anmeldung zu Prüfungen (Semesterterminplan) ist hochschulöffentlich vor Beginn der Vorlesungszeit des Semesters bekannt zu machen.

(2) Für Prüfungen und besondere Zulassungsvoraussetzungen gelten folgende zeitliche Rahmen:

1. Schriftliche und mündliche Prüfungen in dem nach § 4 Abs.1 und 2 RaPO festgelegten Zeitraum; eine Vorverlegung bedarf der schriftlichen Anzeige gegenüber dem Prüfungsausschuss unter Angabe der Gründe,
2. sonstige Prüfungen mit einer Bearbeitungszeit über 480 Minuten nach Maßgabe der SPO höchstens von Semesterbeginn bis zum Ende des Prüfungszeitraums,
3. studienbegleitende Prüfungen nach Maßgabe § 4 Abs.3 RaPO vor Beginn des Prüfungszeitraums,
4. endnotenbildende studienbegleitende Prüfungen in den allgemeinwissenschaftlichen Wahlpflichtfächern auslaufend für Diplomstudiengänge gemäß Terminierung durch den Semesterterminplan.

(3)<sup>1</sup>Für Prüfungen und besondere Zulassungsvoraussetzungen nach Absatz 2 erstellen die Vorsitzenden der Prüfungskommissionen auf Vorschlag der Prüfer jeweils einen Plan, der mindestens zwei Wochen vor deren Beginn hochschulöffentlich bekannt zu machen ist. <sup>2</sup>Dabei sind für jede Prüfung und besondere Zulassungsvoraussetzung mindestens Erst- und ggf. Zweitprüfer, Datum, Bearbeitungsbeginn und -dauer, Raum sowie zugelassene Arbeits- und Hilfsmittel anzugeben. <sup>3</sup>Sofern die Prüfungskommission aus berechtigten Gründen nichts anderes bestimmt,

1. wirkt die Bestellung zum Erstprüfer zugleich als Bestellung für die Aufgabenstellung, Abnahme, Aufsicht des Leistungsnachweises sowie für die Durchführung von Nachteilsausgleichen für Behinderte,
2. finden studienbegleitende Prüfungen und Leistungsnachweise besonderer Zulassungsvoraussetzungen im Raum der Lehrveranstaltung statt.

<sup>4</sup>Die Festsetzung der Prüfungskommission ist für jeden Prüfer bindend.

(4) Termine besonderer Zulassungsvoraussetzungen hat der Prüfer so rechtzeitig hochschulöffentlich bekannt zu machen und zu terminieren, dass ihr Bewertungsergebnis spätestens eine Woche vor Beginn des Prüfungszeitraums bekannt gegeben werden kann.

#### § 4

##### Studien-, Prüfungsplan

(1)<sup>1</sup>Die zuständige Fakultät erstellt für jeden Studiengang zur Sicherstellung des Lehrangebots und zur Information der Studierenden einen Studienplan, aus dem sich der Ablauf des Studiums im Einzelnen ergibt. <sup>2</sup>Der Studienplan wird von der Fakultät oder einem vom Fakultätsrat beauftragten Studiengangsleiter festgesetzt und ist hochschulöffentlich vor Beginn der Vorlesungszeit des Semesters bekannt zu machen, für das er Regelungen trifft. <sup>3</sup>Die Bekanntmachung neuer Regelungen muss vor Beginn der Vorlesungszeit des Semesters erfolgen, in dem die Regelungen erstmals anzuwenden sind.

(2)<sup>1</sup>Die von der Prüfungskommission zu treffenden Regelungen im Prüfungsplan sollen mit dem Studienplan verbunden werden (Studien- und Prüfungsplan). <sup>2</sup>Die im laufenden Semester zu treffenden Regelungen nach § 3 Abs.3 Satz 1 Nrn.1 bis 3 RaPO sind zu den in dieser Satzung und durch Beschlüsse des Prüfungsausschusses bestimmten Terminen hochschulöffentlich bekannt zu machen.

(3) Der Studien- und Prüfungsplan muss Rahmenbestimmungen dieser Satzung und der SPO konkretisieren und insbesondere Regelungen und Angaben enthalten über:

1. die Bezeichnung der angebotenen Pflicht- und Wahlpflichtmodule sowie die Module der Studienprogramme, -zweige, -richtungen, -schwerpunkte, Vertiefungen, Wahlpflichtgruppen und sonstigen Wahlmöglichkeiten (alternative Studienangebote) und deren Semesterwochenstundenzahl je Semester und Lehrveranstaltungsart,
2. nähere Bestimmungen zu den Prüfungen und besonderen Zulassungsvoraussetzungen,
3. den Katalog der wählbaren allgemeinwissenschaftlichen Wahlpflichtmodule auslaufend für Diplomstudiengänge.

(4) Regelungen nach den Absätzen 1 bis 3 dürfen nach ihrer Bekanntmachung nur aus zwingenden Gründen (z.B. unerwarteter Prüferausfall) geändert werden und nur insoweit, als sie sich für Studierende nicht nachteilig auswirken.

(5) Der Fakultätsrat kann die in der SPO bestimmten alternativen Studienangebote und alle Masterstudiengänge im Studienplan einschränken oder aussetzen, insbesondere wenn die Lehrkapazität nur für bestimmte alternative Studienangebote ausreicht oder wenn die Nachfrage nach einem Alternativangebot dessen Durchführung nicht rechtfertigt.

#### § 5

##### Module

Alle Module der SPO sind entweder Pflicht-, Wahlpflicht- oder Wahlmodule:

1. Pflichtmodule sind die Module, die für alle Studierenden verbindlich sind.
2. Wahlpflichtmodule sind die Module, die einzeln oder in Gruppen alternativ angeboten werden. Jeder Studierende muss unter ihnen nach Maßgabe der SPO und des Studienplans eine bestimmte Auswahl treffen. Die gewählten Module bzw. Modulgruppen werden nach Antritt der Prüfung wie Pflichtmodule bzw. Pflichtmodulgruppen behandelt. Als allgemeinwissenschaftliche Wahlpflichtmodule sind bei Diplomstudiengängen nur solche Module wählbar, die nach der jeweiligen SPO nicht zugleich Pflicht- oder Wahlpflichtmodule sind. Prüfungen in allgemeinwissenschaftlichen Wahlpflichtmodulen sind nicht bestehenserheblich.
3. Wahlmodule sind Module, die nach der SPO für die Erreichung des Studienziels nicht vorgeschrieben sind und zusätzlich aus dem Studienangebot der Hochschule gewählt werden.

§ 6

Prüfungen

(1)<sup>1</sup>Prüfungen der Bachelor-, Diplom- und Masterprüfung und deren Teile (Prüfungen) schließen das jeweilige (Teil)Modul ab. <sup>2</sup>Sie dienen der Feststellung, ob Fähigkeiten erworben wurden, wissenschaftliche Methoden oder künstlerische Fertigkeiten in der Berufspraxis anzuwenden. <sup>3</sup>Die Bachelor-, Diplom- und Masterprüfung umfasst stets auch eine Bachelor-, Diplom- oder Masterarbeit (Abschlussarbeit).

(2)<sup>1</sup>Prüfungen sind in schriftlicher und / oder mündlicher Form oder als sonstige Prüfungen in anderer Form (z.B. Studien-, Projektarbeit, Versuch, Befragung) zulässig und können jeweils modulübergreifend durchgeführt werden. <sup>2</sup>Schriftliche und mündliche Prüfungen in Bachelor-, Diplom- und konsekutiven Masterstudiengängen müssen während des Prüfungszeitraums, sonstige Prüfungen können studienbegleitend durchgeführt werden. <sup>3</sup>Das Nähere regelt die SPO.

(3) Schriftliche Prüfungen sollen nach Maßgabe der SPO mindestens 90 Minuten und höchstens 240 Minuten dauern, bei besonderen konstruktiven oder gestalterischen Anforderungen höchstens 480 Minuten.

(4)<sup>1</sup>Mündliche Prüfungen werden vor einem Einzelprüfer mit Beisitzer, der als Prüfer bestellbar sein muss, oder vor einem Prüfergremium, oder bei modulübergreifenden Prüfungen stets vor einem Prüfergremium abgelegt; die Festlegung erfolgt durch die SPO oder die Prüfungskommission. <sup>2</sup>Die Dauer einer mündlichen Prüfung darf pro Kandidat/in nicht weniger als 15 und nicht mehr als 45 Minuten betragen. <sup>3</sup>Mündliche Prüfungen sind grundsätzlich nicht öffentlich.

(5)<sup>1</sup>Bei sonstigen Prüfungen, die 480 Minuten überschreiten, legt die SPO Art und Rahmen der Bearbeitung, der die Vorlesungs- und Prüfungszeit eines Semesters nicht überschreiten darf, und der Studien- und Prüfungsplan die genaue Bearbeitungszeit fest. <sup>2</sup>Sie beginnen und enden zu festgelegten Terminen, die vom Prüfer aktenkundig zu machen sind. <sup>3</sup>Wird die Bearbeitungszeit aus vom Studierenden nicht zu vertretenden Gründen in erheblichem Umfang unterbrochen, kann die Prüfung auf Antrag als nicht angetreten behandelt werden. <sup>4</sup>Eine Nach- oder Wiederholung hat zum nächsten regulären Termin zu erfolgen. <sup>5</sup>Noch nicht abgelieferte Prüfungsleistungen dürfen nur mit Erlaubnis des Prüfers aus den Räumen der Hochschule entfernt werden. <sup>6</sup>§ 9 Abs.4 gilt entsprechend.

§ 7

Aufgabenstellung, Verfahren, Bewertung

(1)<sup>1</sup>Schriftliche Prüfungsaufgaben zu einem Modul sollen für einen Prüfungstermin einheitlich sein; es kann die Wahl zwischen mehreren Aufgabenstellungen eingeräumt werden. <sup>2</sup>Gruppenarbeiten sind zulässig, wenn die individuellen Leistungen deutlich abgrenz- und bewertbar sind und die SPO oder Prüfungskommission dies festgelegt haben. <sup>3</sup>Die Anforderungen an Prüfungen und praktische Studienabschnitte ergeben sich aus den Modulbeschreibungen, die die Fakultät für jeden Studiengang als Anlage zum diploma supplement regelt. <sup>4</sup>Schriftliche Prüfungen können ganz oder teilweise nach dem Antwort-Wahl-Verfahren durchgeführt werden. <sup>5</sup>Im Hinblick auf die Besonderheiten dieses Verfahrens

1. ist der Prüfungsstoff besonders sorgfältig auszuwählen,
2. sind die Fragen so geeignet und insbesondere eindeutig und ohne Auslegung so verständlich zu formulieren, dass sie zuverlässige und eindeutige Ergebnisse ermöglichen,
3. sind die richtigen und falschen Antworten eindeutig sowie sachlich richtig auszuwählen.

<sup>6</sup>Wird beim Antwort-Wahl-Verfahren vor oder nach der Prüfung festgestellt, dass einzelne Fragen ungeeignet sind, sind diese ohne nachteilige Auswirkung für Studierende von der Bewertung auszunehmen oder die Antworten als zutreffend anzuerkennen. <sup>7</sup>Das Nähere zum Antwort-Wahl-Verfahren regelt die SPO oder die Prüfungskommission.

(2)<sup>1</sup>In Bachelor- und Masterstudiengängen sind alle Prüfungen bestehenserheblich, bei Diplomstudiengängen, wenn ihre Bewertung nach der SPO zu Noten führt, die im Zeugnis auszuweisen sind (endnotenbildend) sowie die Praxisprüfungen nach § 18 Abs.1. <sup>2</sup>Die SPO kann Teilprüfungen (§ 23 Abs.8 RaPO) vorsehen, die zu einer gemeinsamen Endnote führen. <sup>3</sup>Mehrere Prüfungsteile (in der Regel zusammenhängende Bearbeitung von mehreren Stoffgebieten in einer Prüfungsaufgabe) stellen keine Teilprüfungen nach Satz 2 dar. <sup>4</sup>Soweit die SPO oder die Prüfungskommission nichts Anderes regelt, führt die Note „nicht ausreichend“ in einer Teilprüfung oder in einem Prüfungsteil zur Endnote „nicht ausreichend“ und zur Anrechnung auf die Höchstzahl nach § 10 Abs.1 Satz 2 und § 13 Abs.1 bzw. § 26 Abs.1 Sätze 3 und 4 RaPO, wenn daraufhin eine zweite Wiederholungsprüfung benötigt wird.

(3)<sup>1</sup>Schriftliche Prüfungen und sonstige Prüfungen, für die die SPO oder die Prüfungskommission nichts anderes bestimmt, werden unter Aufsicht abgelegt; das Verlassen des Prüfungsraumes ist nur mit Erlaubnis eines Aufsichtsführenden zulässig. <sup>2</sup>Vorkommnisse, die für die Feststellung des Prüfungsergebnisses entscheidungserheblich sind, wie Verstöße gegen Prüfungsvorschriften, sind vom Prüfer schriftlich festzuhalten und zu unterzeichnen (Niederschrift); Entsprechendes gilt für die Ergebnisse mündlicher Prüfungen. <sup>3</sup>Wird die Prüfung verspätet angetreten, besteht kein Anspruch auf Verlängerung der Bearbeitungszeit.

(4)<sup>1</sup>Der Bewertung von Prüfungsleistungen ist ein klarer, nachvollziehbarer und nachprüfbarer Bewertungsschlüssel zugrunde zu legen. <sup>2</sup>Der Erstprüfer dokumentiert mit seiner Unterschrift auf dem Notenblatt, dass eine ggf. erforderliche Zweitkorrektur stattgefunden hat.

(5)<sup>1</sup>Prüfungen zur Verbesserung der Note sind ausgeschlossen. <sup>2</sup>Die Prüfungen in den Praxis begleitenden Modulen sind nicht endnotenbildend und werden mit den Prädikaten „mit Erfolg abgelegt“ oder „ohne Erfolg abgelegt“ bewertet.

(6) Auf Antrag hat der Prüfer nach Feststellung des Prüfungsergebnisses innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Ausschlussfrist Einsicht in die bewertete Prüfungsleistung oder den zugehörigen Bewertungsvorgang zu gewähren; die Anfertigung von Aufzeichnungen ist zulässig.

## § 8

### Zulassungsvoraussetzungen

(1) Die Zulassung zu einer Prüfung (besondere Zulassungsvoraussetzung) oder zum Vorrücken in einen nachfolgenden Studienabschnitt (allgemeine Zulassungsvoraussetzung) wird versagt, wenn die Voraussetzungen gemäß SPO nicht vollständig erfüllt sind; sie bleibt versagt bis zum Ende des Semesters, in dem die Voraussetzungen vollständig erfüllt werden.

(2)<sup>1</sup>Nichtzulassungen sind spätestens eine Woche vor dem Termin der betreffenden Prüfung hochschulöffentlich bekannt zu machen. <sup>2</sup>Andernfalls gilt die Zulassung in diesem Prüfungszeitraum als erteilt. <sup>3</sup>Die Bekanntmachung und der Vollzug obliegen bei allgemeinen Zulassungsvoraussetzungen dem Prüfungsamt, bei besonderen Zulassungsvoraussetzungen obliegt die Bekanntmachung dem Vorsitzenden der Prüfungskommission und der Vollzug dem Prüfer.

(3) § 6 Abs.2 Satz 1 und § 7 Abs.1 bis Abs.4 Satz 1 gelten entsprechend; im Übrigen regelt das Nähere der Studien- und Prüfungsplan.

## § 9

### Abschlussarbeit

(1) Die Abschlussarbeit soll zeigen, dass der Studierende in der Lage ist, eine Aufgabenstellung aus seinem Studiengang selbstständig auf wissenschaftlicher und / oder künstlerischer Grundlage zu bearbeiten bzw. lösen.

(2)<sup>1</sup>Die Abschlussarbeit wird von dem von der Prüfungskommission bestellten Prüfer ausgegeben und von ihm betreut. <sup>2</sup>Die Abschlussarbeit darf mit Zustimmung der Prüfungskommission in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule ausgeführt werden, wenn die Betreuung durch einen Prüfer der Hochschule sichergestellt ist. <sup>3</sup>Studierende können im Rahmen der Inhalte ihres Studiengangs Themenwünsche äußern. <sup>4</sup>Die Ausgabe des Themas setzt voraus, dass die in der SPO genannten Zulassungsvoraussetzungen erfüllt sind. <sup>5</sup>Die Prüfungskommission kann die Anzahl an Abschlussarbeiten festlegen, die Prüfer mindestens und höchstens auszugeben haben. <sup>6</sup>SPO oder Prüfungskommission können ergänzende Regelungen treffen, insbesondere ob und ab welchem Fachsemester ein Thema von Amts wegen im Einzelfall zugeteilt wird oder allgemein als zugeteilt gilt. <sup>7</sup>Die Ausgabe der Abschlussarbeit hat der Prüfer dem Prüfungsamt mitzuteilen. <sup>8</sup>Die Mitteilung hat den Namen des Studierenden und des Prüfers, Ausgabe- und Abgabedatum sowie das Thema der Abschlussarbeit zu enthalten.

(3)<sup>1</sup>Die Frist von der Themenstellung bis zur Abgabe der Abschlussarbeit muss dem Umfang des Themas angemessen sein. <sup>2</sup>Sie ist für die Bachelorarbeit auf höchstens vier Monate begrenzt; für Diplomarbeiten gilt § 35 RaPO. <sup>3</sup>§ 8 Abs.4 RaPO und § 7 Abs.1 Satz 2 gelten entsprechend. <sup>4</sup>Das Thema kann aus triftigem Grund mit Einwilligung des vorsitzenden Mitglieds der Prüfungskommission beim Erst- und Wiederholungsversuch insgesamt nur einmal zurückgegeben werden. <sup>5</sup>Die fertige Abschlussarbeit ist in einem Exemplar dem Prüfer oder der zur Entgegennahme ermächtigten Stelle in der Fakultät persönlich abzugeben, es sei denn die Prüfungskommission sieht eine andere Regelung vor. <sup>6</sup>Das Abgabedatum ist aktenkundig zu machen. <sup>7</sup>Der Prüfer hat dem Vorsitzenden der Prüfungskommission ein Überschreiten der Bearbeitungsfrist unverzüglich mitzuteilen. <sup>8</sup>Eine Abschlussarbeit wird mit der Note „nicht ausreichend“ bewertet, wenn sie nicht fristgerecht abgeliefert wird.

- (4) Abschlussarbeiten sind mit einer Erklärung des Studierenden zu versehen, dass er die Arbeit selbständig verfasst, noch nicht anderweitig für Prüfungszwecke vorgelegt, keine anderen als die angegebenen Quellen oder Hilfsmittel benützt, sowie wörtliche und sinngemäße Zitate als solche gekennzeichnet hat.
- (5) Bei Abschlussarbeiten kann die SPO vorsehen, dass sie
1. von Studierenden vor dem Prüfer, der ergänzende Fragen stellen kann, persönlich präsentiert und mündlich erläutert werden (Präsentation, Kolloquium, Verteidigung), sofern dieser Teil in die Bewertung der Abschlussarbeit mit eingeht oder
  2. von einem Modul z.B. in Form eines Seminars durch den Prüfer der Abschlussarbeit begleitet werden und die zugehörige Prüfung zu einer eigenen Endnote führt.
- (6) Die Bewertungsdauer soll bei Abschlussarbeiten acht Wochen nicht überschreiten.

## § 10

### Anmeldung zur Prüfung, Meldeverfahren

- (1)<sup>1</sup>Wer zu Prüfungen zugelassen werden will, muss sich innerhalb der vom Prüfungsausschuss festgelegten Ausschlussfrist nach den Vorgaben des Prüfungsamtes online anmelden. <sup>2</sup>Eine Anmeldung wirkt nur für den jeweils nächsten Prüfungstermin. <sup>3</sup>Ohne form- und fristgemäße Anmeldung gilt eine angetretene oder beendete Prüfung als nicht abgelegt mit der Folge, dass eine Bewertung zu unterbleiben hat und eine dennoch vorgenommene Bewertung als nicht existent gilt. <sup>4</sup>Ein Ausdruck der Anmeldungen gilt als Nachweis. <sup>5</sup>Satz 3 gilt entsprechend, wenn die Zulassung unter dem Vorbehalt erfolgte, dass die Berechtigung bis zur jeweiligen Prüfung erreicht wird.
- (2)<sup>1</sup>Mit Antritt einer Prüfung gilt ein Wahlpflichtmodul oder eine Wahlpflichtmodulgruppe, zu der das entsprechende Modul nach der SPO gehört, als verbindlich gewählt. <sup>2</sup>Werden in Wahlpflichtmodulen mehr Prüfungen angemeldet und abgelegt als es die SPO erfordert, so gelten die nach der Reihenfolge der Notenverbuchung überzähligen Module als Wahlmodule, falls der Studierende nicht bis zum Zeitpunkt der Anmeldung der Abschlussarbeit bei der Prüfungskommission schriftlich eine andere Reihenfolge beantragt.
- (3) Die Anmeldung und Teilnahme an einer Prüfung von Studienzweigen, –richtungen und Studienschwerpunkten setzt deren einmalige Wahl nach Maßgabe der SPO voraus.
- (4)<sup>1</sup>Wer eine weitere Studienrichtung oder einen weiteren Studienschwerpunkt belegt, wird dem Fachsemester zugeordnet, das dem Studiensemester nach der SPO entspricht, in dem die Studienrichtung oder der Studienschwerpunkt beginnt. <sup>2</sup>Wer nach Bestehen der Abschlussprüfung eine weitere Studienrichtung oder einen weiteren Studienschwerpunkt besteht, erhält hierüber ein gesondertes Zeugnis; andernfalls werden die Module und zugehörige Prüfungen als Wahlmodule in einer Notenbestätigung ausgewiesen.
- (5)<sup>1</sup>Für Module ist unabhängig von der Anzahl der Prüfungsteile nur eine Anmeldung im abschließenden Semester erforderlich. <sup>2</sup>Jede in der SPO ausgewiesene Teilprüfung erfordert eine eigene Anmeldung.

## § 11

### Anrechnung auf Studium und Prüfung

- (1)<sup>1</sup>Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen werden beim Hochschul- oder Studiengangwechsel auf Antrag angerechnet, wenn und soweit die Gleichwertigkeit gegeben ist und die anzurechnende Leistung im neuen Studiengang noch nicht erbracht wurde. <sup>2</sup>Die Gleichwertigkeit ist gegeben, wenn diese Zeiten und Leistungen in Inhalt, Umfang und Anforderungen (Kompetenzziele) denen des Studiengangs, in den gewechselt wird, unter Beachtung geltender Äquivalenzlisten im Wesentlichen entsprechen. <sup>3</sup>Dabei ist kein schematischer Vergleich, sondern eine Gesamtbetrachtung und Gesamtbewertung vorzunehmen. <sup>4</sup>Die Anrechnung von Leistungen, die an Hochschulen außerhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, ist nur insoweit möglich, als durch sie die Prüfungsgesamtnote nicht zu mehr als zwei Drittel bestimmt wird. <sup>5</sup>Nicht bestandene Prüfungen sind nur zu berücksichtigen, wenn sie in dem gleichen Fachhochschulstudiengang erbracht wurden. <sup>6</sup>Der Antrag mit den für die Anrechnung erforderlichen Unterlagen soll zusammen mit der Immatrikulation oder dem Wechsel des Studiengangs gestellt werden. <sup>7</sup>Anrechnungsentscheidungen ergehen nach der Immatrikulation und nur für den jeweiligen Studienabschnitt und führen nicht zu einem Anspruch auf ein Lehrangebot der Hochschule, das dem durch Anrechnung nachgewiesenen Studienfortschritt entspricht.
- (2)<sup>1</sup>Die Anrechnung von Leistungen in Wahlmodulen auf Wahlmodule eines anderen Studiengangs oder im gleichen Studiengang auf Pflicht- und Wahlpflichtmodule ist ausgeschlossen. <sup>2</sup>In besonders begründeten Fällen kann die Prüfungskommission Ausnahmen zulassen.
- (3)<sup>1</sup>Für die Anrechnung von Leistungen eines Probestudiums an einer anderen bayerischen Hochschule, gilt § 14 Abs.1 Satz 2 mit der Maßgabe entsprechend, dass Studierende dem Fachsemester zugeordnet werden, in

das sie bei Fortführung des Probestudiums eintreten würden. <sup>2</sup>In sonstigen Fällen gelten die Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Für die Anrechnung einer einschlägigen, gleichwertigen Berufs- oder Schulausbildung insbesondere auf Leistungsnachweise propädeutischer Lehrveranstaltungen und auf in der SPO verlangte praktische Studienabschnitte oder berufspraktische Tätigkeiten (Befreiung) und für die Anrechnung von nach Inhalt und Niveau gleichwertigen Studien- und Prüfungsleistungen einer mit Erfolg abgeschlossenen Ausbildung an Fachschulen und Fachakademien gelten die Absätze 1 und 2 mit der Maßgabe entsprechend, dass diese Anrechnungen sowie Befreiungen nach § 19 Abs.5 höchstens die Hälfte des nach der SPO vorgeschriebenen Studiums ersetzen dürfen.

## § 12

### Täuschung

Als versuchte Täuschungshandlung nach Antritt der Prüfung gilt neben § 6 RaPO auch

1. das Bereithalten nicht zugelassener oder zu Täuschungszwecken geeigneter Arbeits- oder Hilfsmittel,
2. die Fortsetzung der Bearbeitung nach Ende der Bearbeitungszeit.

## § 13

### Regeltermine, Fristen und Wiederholung

(1) Soweit die SPO nichts anderes regelt, ist eine zweite Wiederholung bei höchstens vier endnotenbildenden Prüfungen möglich.

(2)<sup>1</sup>Bei der Berechnung der Fristen nach § 8 RaPO werden die infolge Anrechnung oder Befreiung nicht besuchten Studiensemester mitgezählt; Zeiten der Beurlaubung werden nicht mitgezählt. <sup>2</sup>Bei Teilprüfungen (§ 23 Abs.8 RaPO) sind nur die mit der Note „nicht ausreichend“ bewerteten Teilprüfungen zu wiederholen; jede Teilprüfung ist eine Prüfung gemäß § 10 Abs.1 RaPO. <sup>3</sup>Bei nicht bestandenen Prüfungsteilen ist unter der Voraussetzung des § 7 Abs.2 Satz 4 die gesamte Prüfung zu wiederholen.

(3) In den Modulen, in denen Prüfungen nicht rechtzeitig erbracht wurden, können nach Eintritt der Rechtswirkung des § 8 Abs.2 Satz 2 RaPO weitere Prüfungen nur nach Maßgabe des § 10 RaPO abgelegt werden.

(4)<sup>1</sup>Anträge auf Gewährung von Nachfristen wegen Rücktritts bzw. Versäumnisses und die Verlängerung der Bearbeitungsfrist oder die Rückgabe des Themas der Abschlussarbeit sind unverzüglich, in der Regel spätestens am Tag der jeweiligen Prüfung oder am Abgabetag der Abschlussarbeit, schriftlich beim Vorsitzenden der Prüfungskommission oder beim Prüfungsamt zu stellen (Ausschlussfrist). <sup>2</sup>Entsprechendes gilt für die Glaubhaftmachung nicht zu vertretender Gründe.

(5) Wird nach Überschreiten der Wiederholungsfrist keine Nachfrist beantragt, auf Antrag keine Nachfrist gewährt oder eine gewährte Nachfrist nicht eingehalten, gilt die Prüfung als wiederholt und nicht bestanden.

(6) Die Beurlaubung wegen Krankheit, wegen Mutterschaft oder Erziehung eines Kindes oder wegen Wehr- bzw. Zivildienst gilt zugleich als Gewährung einer Nachfrist für das Ablegen von Prüfungen.

(7) Die Prüfungskommission kann Fristen für das erstmalige Ablegen nach § 8 RaPO und Wiederholungsfristen nach § 10 Abs.1 Satz 4 RaPO auf Antrag angemessen verlängern, wenn Studierende ein Auslandssemester absolvieren und nach den Gesamtumständen ein erfolgreicher Studienabschluss zu erwarten ist; dieser Grund steht nicht zu vertretenden Gründen nach § 8 Abs.4 Satz 1 RaPO gleich.

## § 14

### Probestudium nach Art. 45 Abs.2 BayHSchG, §§ 31 a und c QualV

(1)<sup>1</sup>Das Probestudium ist bestanden, wenn am Ende des zweiten Fachsemesters mindestens 30 Leistungspunkte (ECTS) aus dem ersten und zweiten Studiensemester erreicht wurden. <sup>2</sup>Mit Eintritt dieser Bedingung gelten solche Studierende im gleichen Studiengang rückwirkend mit allen Rechtsfolgen als zum Studium zugelassen und werden dem dritten Fachsemester zugeordnet, ohne dass es einer weiteren förmlichen Zulassung bedarf.

(2)<sup>1</sup>Eine Wiederholung des Probestudiums im gleichen oder in einem inhaltlich eng verwandten Studiengang ist unzulässig. <sup>2</sup>Dies gilt auch dann, wenn das Probestudium an einer anderen Hochschule im Freistaat Bayern nicht bestanden wurde.

(3) Wurden bis zum Ende des zweiten Fachsemesters weniger als 30 ECTS erreicht, gilt das Probestudium als endgültig nicht bestanden mit der Folge, dass der Studierende zu exmatrikulieren ist.

(4) Die Feststellung über das Bestehen oder Nichtbestehen des Probestudiums trifft das Prüfungsamt.

#### Hochschulöffentliche Bekanntmachungen, Mitwirkungs-, Informations- und Sorgfaltspflicht

(1) Hochschulöffentliche Bekanntmachungen können schriftlich und/oder online erfolgen; sie müssen die schutzwürdigen Interessen der Betroffenen wahren (Datenschutz).

(2)<sup>1</sup>Noten werden nach ihrer Feststellung für jeden Studiengang online bekannt gemacht. <sup>2</sup>Einschlägige Fristen werden vom Prüfungsamt im Internet bekannt gemacht. <sup>3</sup>Die Verwarnung nach § 8 Abs.3 Satz 2 RaPO erfolgt allgemein durch die Bekanntmachung nach Satz 2 und im Einzelfall im Notenblatt der Online-Dienste (ODI); für den Eintritt der Rechtsfolge nach § 8 Abs.3 Satz 3 RaPO kommt es auf die Kenntnis oder den Zugang der Verwarnung nicht an.

(3)<sup>1</sup>Im Rahmen seiner Mitwirkungs-, Informations- und Sorgfaltspflicht im Prüfungsverfahren ist jeder Studierende verpflichtet, sich gewissenhaft und selbstständig online und vor Ort über hochschulöffentliche Bekanntmachungen der Fakultät, der Prüfungsgremien sowie des Prüfungs- und Praktikantenamtes fortlaufend zu informieren und die notwendigen Handlungen im Prüfungsverfahren vorzunehmen. <sup>2</sup>Nicht erfolgte oder nicht eindeutige Erklärungen oder Handlungen, die in die Pflicht nach Satz 1 fallen, gehen zu Lasten des Studierenden.

#### § 16

##### Mängel im Prüfungsverfahren, materielle Bewertungsmängel, Überdenkungsverfahren

(1)<sup>1</sup>Auf Mängel im Prüfungsverfahren kann sich nachträglich nicht mehr berufen, wer sie nicht eindeutig, unverzüglich und schriftlich beim Prüfungsamt geltend und glaubhaft macht. <sup>2</sup>Mängel während der Bearbeitung eines Leistungsnachweises müssen zudem mündlich beim Prüfer oder der Aufsicht geltend gemacht werden.

(2) Fallen Mängel oder unterlassene Handlungen in die Verantwortungssphäre oder Mitwirkungs-, Informations- und Sorgfaltspflicht des Studierenden, muss er sich diese zurechnen lassen.

(3)<sup>1</sup>Der Prüfer hat auf Antrag innerhalb der ersten zwei vollen Wochen des auf das Prüfungsverfahren folgenden Semesters eine Einsicht in bewertete Prüfungsleistungen zu gewähren. <sup>2</sup>Sofern innerhalb dieser Ausschlussfrist konkrete und substantiierte Einwände vorgetragen werden, ist die Bewertung im Rahmen der Einwände durch den Erst-, erforderlichenfalls auch den Zweitprüfer zu überdenken; werden hierbei die Einwendungen für berechtigt befunden, korrigieren der Erst-, erforderlichenfalls auch der Zweitprüfer die Prüfungsleistung nach. <sup>3</sup>Einsichtgewährung sowie ggf. das Ergebnis des Überdenkens der Bewertung oder einer Nachkorrektur sind vom Prüfer aktenkundig zu machen.

#### § 17

##### Rechtsbehelfsverfahren

(1)<sup>1</sup>Ein Widerspruch gegen eine Exmatrikulation auf Grund einer Prüfungsentscheidung oder gegen eine Prüfungsentscheidung ist schriftlich beim Prüfungsamt zu erheben; die Widerspruchseinlegung in elektronischer Form (z.B. durch E-Mail) ist unzulässig. <sup>2</sup>Dabei ist eine Berufung auf Mängel, die nicht innerhalb der Fristen des § 15 geltend gemacht wurden, ausgeschlossen.

(2)<sup>1</sup>Soweit konkrete und substantiierte Einwände vorgebracht werden, haben die ursprünglichen Erst-, erforderlichenfalls auch Zweitprüfer zu den einzelnen Rügen schriftlich Stellung zu nehmen, wobei darauf einzugehen ist, ob einzelne Rügen berechtigt sind und dies ggf. zu einer Änderung der Gesamtbewertung führt. <sup>2</sup>Ist dies nach schlüssiger Darlegung der Prüfer nicht der Fall, ist der Widerspruch als unbegründet zurückzuweisen.

(3)<sup>1</sup>Soweit die SPO oder der Kooperationsvertrag bei kooperierenden Studiengängen nichts anderes bestimmt, gilt ein Widerspruch auch beim Prüfungsamt der beteiligten Hochschulen als ordnungsgemäß eingelegt. <sup>2</sup>Der Kooperationsvertrag regelt, welcher Prüfungsausschuss der beteiligten Hochschulen entscheidet.

#### § 18

##### Akademische Grade, Zeugnisse, Urkunden

(1)<sup>1</sup>Auf Grund der bestandenen Abschlussprüfung wird der akademische Grad nach Maßgabe des Art.61 Abs.2 Satz 3 Nr.4 BayHSchG und der einschlägigen SPO durch Urkunde verliehen. <sup>2</sup>Zeugnisse und Urkunden sind mit dem Siegel der Hochschule versehen. <sup>3</sup>Die Urkunde wird vom Präsidenten und dem zuständigen Dekan, das Abschlussprüfungszeugnis vom Präsidenten und dem Vorsitzenden der Prüfungskommission und das Diplom-Vorprüfungszeugnis vom Vorsitzenden der Prüfungskommission unterzeichnet. <sup>4</sup>Zeugnisse und Urkunden erhalten das Datum des Tages, an dem die Prüfungskommission das Ergebnis der letzten endnotenbil-



denden Prüfung oder der Abschlussarbeit feststellt. <sup>5</sup>Als Ende des Studiums gilt der Tag, an dem die letzte Prüfungsleistung von der Prüfungskommission festgestellt wurde.

(2)<sup>1</sup>Über die bestandene Diplom–Vor–, Bachelor–, Diplom– und Masterprüfung und über die Verleihung des akademischen Grades werden Zeugnisse bzw. Urkunden auf der Grundlage der jeweiligen Muster in den Anlagen 1 bis 4 zu dieser Prüfungsordnung ausgestellt. <sup>2</sup>Dabei sind Aufbau und Form verbindlich; bei kooperativen Studiengängen gelten die Festlegungen der jeweiligen SPO. <sup>3</sup>Aus den Zeugnissen müssen zu ersehen sein:

1. Studiengang und gegebenenfalls –zweig, –richtung, –schwerpunkt,
2. Endnoten,
3. Thema und Note der Abschlussarbeit,
4. Prüfungsgesamtnote und Gesamturteil,
5. erfolgreiches Ableisten der praktischen Studienabschnitte und
6. erfolgreiches Ablegen der Diplom–Vorprüfung.

(3)<sup>1</sup>Module und Endnoten zugehöriger Prüfungen werden in den Zeugnissen in folgender Reihenfolge ausgewiesen: Pflicht–, Wahlpflichtmodule, Abschlussarbeit, Wahlmodule. <sup>2</sup>Die weitere Rangfolge richtet sich nach der jeweiligen SPO. <sup>3</sup>Neben dem Rufnamen des Studierenden werden keine weiteren Vornamen ausgewiesen.

(4)<sup>1</sup>Werden Endnoten durch Anrechnung von Prüfungsleistungen gewonnen, ist dies im Zeugnis nicht zu vermerken. <sup>2</sup>Die in Wahlmodulen erzielten Endnoten werden auf Antrag des Studierenden gegenüber dem Prüfungsamt nicht im Zeugnis aufgenommen.

(5)<sup>1</sup>Für Diplomstudiengänge gelten auslaufend folgende Regelungen. <sup>2</sup>Sind Prüfungen in den allgemeinwissenschaftlichen Wahlpflichtmodulen nach der einschlägigen SPO im Rahmen des Grundstudiums abzulegen, aber im Diplomprüfungszeugnis auszuweisen, erhält das Diplom–Vorprüfungszeugnis folgenden Zusatz: »Die im Grundstudium abgelegten allgemeinwissenschaftlichen Wahlpflichtmodule werden im Diplomprüfungszeugnis ausgewiesen.«. <sup>3</sup>Das Diplomprüfungszeugnis enthält folgenden Zusatz: »Im Rahmen der Vorprüfung wurden in weiteren Modulen Leistungsnachweise erbracht, die aus dem Diplom–Vorprüfungszeugnis zu ersehen sind.«. <sup>6</sup>Der Verzicht auf eine Wiederholung bei nicht bestehenserheblichen endnotenbildenden studienbegleitenden Leistungsnachweisen gilt als erklärt, wenn bei der zweiten Wiederholung wiederum die Note „nicht ausreichend“ erzielt oder sie nicht angetreten wurde.

### Dritter Teil: Praktisches Studiensemester

#### § 19

Praktisches Studiensemester und ggf. vorausgehendes Praktikum (praktische Studienabschnitte)

(1) Die SPO und ergänzend der Studienplan regeln Umfang und Inhalt externer praktischer Studienabschnitte sowie Umfang und Form der Praxis begleitenden Lehrveranstaltungen und Prüfungen (Praxisprüfungen).

(2)<sup>1</sup>Studierende sind berechtigt und verpflichtet, innerhalb einer von der Hochschule festgelegten Frist mindestens eine dem Ausbildungsplan entsprechende Ausbildungsstelle vorzuschlagen. <sup>2</sup>Kann kein oder kein geeigneter Vorschlag unterbreitet werden, ist die Hochschule auf Antrag bei der Suche behilflich.

(3) Von der Nachholung von Unterbrechungen kann abgesehen werden, wenn die Fehltag

1. insgesamt nicht mehr als fünf, in besonderen Fällen (z.B. Wehrübung, Schwangerschaft) nicht mehr als zehn Arbeitstage betragen,
2. das Ausbildungsziel nicht beeinträchtigen und
3. vom Studierenden nicht zu vertreten sind und durch geeignete Nachweise glaubhaft gemacht wurden.

(4) Ist die Teilnahme an den Praxis begleitenden Lehrveranstaltungen der Hochschule auf Grund der räumlichen Entfernung der Ausbildungsstelle von der Hochschule nicht zumutbar, trifft die Prüfungskommission auf Antrag eine Ausgleichsregelung.

(5)<sup>1</sup>Eine vollständige oder teilweise Befreiung von der Ableistung externer Praktikumszeiten ist auf Antrag an die Prüfungskommission möglich

1. für das vorausgehende Praktikum, wenn von Fachabiturienten eine fachpraktische Ausbildung der einschlägigen Ausbildungsrichtung,
2. für das erste von zwei praktischen Studiensemestern, wenn eine einschlägige abgeschlossene Berufsausbildung oder eine mindestens 12monatige überwiegend zusammenhängende und den Ausbildungszielen und –inhalten entsprechende Berufstätigkeit oder
3. für das einzige oder zweite praktische Studiensemester, wenn über Nr.2 deutlich hinausgehende, von der Prüfungskommission festzulegende Anforderungen nachgewiesen werden.

<sup>2</sup>Die Befreiung der Teilnahme an Praxis begleitenden Lehrveranstaltungen und Praxisprüfungen bedarf einer gesonderten Entscheidung durch die Prüfungskommission. <sup>3</sup>§ 11 Abs.1 Satz 7 gilt entsprechend.

## § 20

### Ausbildungsvertrag

(1)<sup>1</sup>Vor Beginn der praktischen Studienabschnitte schließen Studierende mit der Ausbildungsstelle einen schriftlichen Ausbildungsvertrag. <sup>2</sup>Dieser entspricht in Form und/oder Inhalt dem Musterausbildungsvertrag entsprechend den Bestimmungen zum Vollzug der praktischen Studiensemester an den staatlichen Fachhochschulen in Bayern (221041–WFK) und stellt damit die wechselseitigen Verpflichtungen von Studierenden und Ausbildungsstellen klar. <sup>3</sup>Die tägliche Arbeitszeit entspricht der üblichen Arbeitszeit der Ausbildungsstelle.  
(2)<sup>1</sup>Der Ausbildungsvertrag bedarf zu seiner Wirksamkeit gegenüber der Hochschule der vorherigen schriftlichen Zustimmung in fachlicher Hinsicht durch Beauftragte für die praktischen Studienabschnitte (Praxisbeauftragte). <sup>2</sup>Ohne diese Zustimmung absolvierte Praxiszeiten gelten als nicht abgelegt.

## § 21

### Praxisprüfungen

(1) Die Zulassung zu den Praxisprüfungen der SPO gilt

1. mit der rechtzeitigen Abgabe der den vorgeschriebenen Zeitumfang abdeckenden Ausbildungsverträge und / oder
2. dem Nachweis einer entsprechenden Befreiung gemäß § 18 Abs.5 als erteilt.

(2) § 6 Abs.1 und 2 und § 7 gelten entsprechend.

(3) Soweit die SPO nichts Weiteres bestimmt, ist das praktische Studiensemester mit Erfolg abgeleistet, wenn

1. der abgezeichnete Ausbildungsbericht und das Zeugnis der Ausbildungsstelle vom/von der Praxisbeauftragten anerkannt wurden und
2. in allen Praxisprüfungen das Prädikat „mit Erfolg abgelegt“ erzielt wurde.

(4) Wer bei praktischen Studiensemestern außerhalb der Bundesrepublik Deutschland besondere Qualifikationen sprachlicher, landeskundlicher oder sonstiger Art nachweist, kann von Praxis begleitenden Lehrveranstaltungen und Praxisprüfungen auf Antrag an die Prüfungskommission befreit werden.

(5)<sup>1</sup>Die Prüfungskommission stellt fest, ob die praktischen Studienabschnitte nach Maßgabe der SPO erfolgreich abgeleistet wurden. <sup>2</sup>Wurden die Voraussetzungen nicht oder nicht vollständig erfüllt, kann die Prüfungskommission die ganze oder teilweise Wiederholung der praktischen Studienabschnitte gemäß § 10 RaPO verlangen.

## Vierter Teil: Prüfungsorgane, weitere Organe, Prüfungs- und Praktikantenamt

## § 22

### Prüfungsausschuss und Prüfungskommissionen (Prüfungsgremien)

(1)<sup>1</sup>Der Prüfungsausschuss besteht aus dem vorsitzenden Mitglied und vier weiteren Mitgliedern. <sup>2</sup>Das vorsitzende Mitglied des Prüfungsausschusses und seinen Vertreter bestellt der Präsident; die weiteren Mitglieder und ihre Vertreter werden im Einvernehmen mit dem vorsitzenden Mitglied des Prüfungsausschusses bestellt. <sup>3</sup>Die Dauer der Bestellung beträgt jeweils drei Jahre. <sup>4</sup>Wiederbestellung ist zulässig; Neu- und Wiederbestellungen sind so vorzunehmen, dass nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder gleichzeitig wechselt.  
(2)<sup>1</sup>Sofern die SPO nichts anderes bestimmt, besteht die Prüfungskommission aus drei Mitgliedern. <sup>2</sup>Die Fakultäten sollen eine gemeinsame Prüfungskommission mit Zuständigkeit für mehrere Studiengänge bestellen. <sup>3</sup>Das vorsitzende Mitglied, dessen Vertreter und die weiteren Mitglieder werden durch den Fakultätsrat bestellt. <sup>4</sup>Absatz 1 Sätze 3 und 4 gelten entsprechend. <sup>5</sup>Der Dekan sorgt im Rahmen der Verantwortung für die Fakultät für die ordnungsgemäße Bestellung und Unterstützung des Geschäftsgangs der Prüfungskommission.  
(3) Prüfungsausschuss und Prüfungskommission können andere Mitglieder der Hochschule zur Unterstützung heranziehen.

## § 23

### Geschäftsgang der Prüfungsgremien, Grundsätze

(1) Prüfungsgremien beschließen in nicht öffentlichen Sitzungen.  
(2)<sup>1</sup>Prüfungsgremien sind beschlussfähig, wenn

1. sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und
  2. die einfache Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist.
- <sup>2</sup>Zur Beschlussfassung anstehende Tagesordnungspunkte sollen den Mitgliedern spätestens eine Woche vor der Sitzung bekannt gegeben werden.
- (3) Als ordnungsgemäße Ladung gilt auch die Festlegung der Sitzungstermine durch den Vorsitzenden des Prüfungsgremiums zu Beginn eines Semesters, wenn sichergestellt ist, dass die Mitglieder hiervon Kenntnis erhalten.
- (4) Abweichend von Absatz 1 bis 3 können Entscheidungen schriftlich im Sternverfahren getroffen werden.
- (5)<sup>1</sup>Bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag. <sup>2</sup>Werden Prüfungsgremien zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, weil sie das erste Mal beschlussunfähig waren, sind sie ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Stimmberechtigten beschlussfähig; bei der zweiten Ladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden. <sup>3</sup>Stimmhaltung, geheime Abstimmung und Stimmrechtsübertragung sind nicht zulässig. <sup>4</sup>Der Ausschluss von der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung richtet sich nach Art.41 Abs.2 BayHSchG.
- (6) Alle mit Prüfungsangelegenheiten befassten Personen sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (7) Belastende Prüfungsentscheidungen sind schriftlich zu begründen.

## § 24

### Prüfer

- (1) Prüfungsbestimmungen auf Grund von Gesetzen im formellen und materiellen Sinn sowie Beschlüsse und Entscheidungen der Prüfungsgremien sind für jeden Prüfer bindend.
- (2)<sup>1</sup>Alle Prüfungsleistungen sind durch den Erst- und ggf. Zweitprüfer unverzüglich nach der Abnahme des Leistungsnachweises zu bewerten und die erzielten Noten umgehend dem Prüfungs- und Praktikantenamt nach dem vom Prüfungsausschuss festgelegten Verfahren zuzuleiten. <sup>2</sup>Der Bewertungszeitraum endet spätestens im Wintersemester am 21. Februar, im Sommersemester am 7. August, bei weiterbildenden Masterstudiengängen am 7. März bzw. 21. August des Jahres, für kooperierende Studiengänge jeweils nur insoweit, als der nach § 16 Abs.3 Satz 2 zuständige Prüfungsausschuss nichts anderes bestimmt. <sup>3</sup>Die Bewertungen der Prüfungen für die praktischen Studiensemester sollen spätestens zwei Wochen vor Beginn des folgenden Studiensemesters vorliegen.

## § 25

### Weitere Organe: Praktikantenausschuss, Praxisbeauftragte/r

- (1)<sup>1</sup>Für alle mit den praktische Studienabschnitten zusammenhängenden Angelegenheiten wird ein Praktikantenausschuss gebildet, der aus den Praxisbeauftragten aller Studiengänge und vier studentischen Mitgliedern besteht, die vom Konvent für mindestens ein Jahr benannt werden. <sup>2</sup>Dem Praktikantenausschuss obliegt die Herstellung des Informationsaustausches und Herbeiführung der Meinungsbildung auf Hochschulebene bei Angelegenheiten, die die praktischen Studienabschnitte betreffen und die über den einzelnen Studiengang hinausgehen, sowie die Übermittlung von Informationen in die Studiengänge.
- (2)<sup>1</sup>Der Dekan oder die Dekanin bestellt mit Zustimmung des Fakultätsrats für jeden Studiengang oder für mehrere Studiengänge mit praktischen Studienabschnitten eine hauptamtliche Lehrperson als Praxisbeauftragte/n. <sup>2</sup>Zu den Aufgaben der Praxisbeauftragten gehört insbesondere:
- die Unterstützung des Praktikantenausschusses und Praktikantenamts in fachlicher Hinsicht, vor allem die Beratung Studierender hinsichtlich geeigneter Ausbildungsstellen und die Überprüfung und Anerkennung der Ausbildungsverträge,
  - die Herstellung und Pflege von Kontakten zu den Ausbildungsstellen auch zur Gewinnung von neuen Ausbildungsstellen und -plätzen,
  - Organisation der und ggf. Mitwirkung bei Praxis begleitenden Lehrveranstaltungen und Praxisprüfungen,
  - der regelmäßige Kontakt zu den Ausbildungsstellen zur Information über den Verlauf der Ausbildung und zur fachlichen Betreuung der Studierenden und
  - Überprüfung der von den Studierenden vorzulegenden Berichte.
- <sup>3</sup>Das Praktikantenamt unterstützt die Praxisbeauftragten bei der Durchführung ihrer Aufgaben. <sup>4</sup>Bei Bedarf kann der Dekan oder die Dekanin weitere Lehrpersonen zur Unterstützung der Praxisbeauftragten benennen.

Prüfungs– und Praktikantenamt, Zuständigkeiten

(1)<sup>1</sup>Dem Prüfungsamt obliegen die Unterstützung des Prüfungsausschusses, der Prüfungskommissionen und der Vorsitzenden dieser Prüfungsorgane sowie der Vollzug ihrer Beschlüsse und Entscheidungen. <sup>2</sup>Das Prüfungsamt kann den Vollzug rechtswidriger Beschlüsse der Prüfungskommissionen aussetzen und sie dem Prüfungsausschuss zur Entscheidung vorlegen.

(2) Das Prüfungsamt prüft die Genehmigungsfähigkeit der SPO nach Studien– und Prüfungsrecht sowie deren Umsetzbarkeit im Verwaltungsvollzug.

(3)<sup>1</sup>In Prüfungsangelegenheiten sind Beschwerden und Widersprüche ausschließlich an das Prüfungsamt sowie Anträge an das zuständige Prüfungsorgan zu richten. <sup>2</sup>Anträge, für die das Prüfungsamt nicht zuständig ist, leitet es an das zuständige Prüfungsorgan zur Entscheidung weiter. <sup>3</sup>Eingaben an nach den Sätzen 1 und 2 unzuständige Stellen sind unverzüglich an das zuständige Prüfungsorgan weiterzuleiten.

(4)<sup>1</sup>In Angelegenheiten des Prüfungsverfahrens sind ausschließlich die Prüfungsgremien und das Prüfungsamt zuständig. <sup>2</sup>In verfahrensmäßigen Angelegenheiten der praktischen Studienabschnitte sind ausschließlich das Praktikantenamt, die Praxisbeauftragten und der Praktikantenausschuss zuständig. <sup>3</sup>Auskünfte anderer Stellen haben keine Verbindlichkeit.

Fünfter Teil: Sonstiges

§ 27

Aufbewahrung von Prüfungsunterlagen

<sup>1</sup>Die Prüfungskommission kann für Prüfungen, die nicht in schriftlicher Form abgeleistet werden (z.B. Modelle), festlegen, dass sie vor Bewertung vom Studierenden zu dokumentieren oder in digitaler Form abzugeben sind. <sup>2</sup>Diese Prüfungsleistungen können dem Studierenden nach Dokumentation und Bewertung ausgehändigt werden. <sup>3</sup>Abschlussarbeiten und Prüfungsleistungen nach Satz 1 sind in der Fakultät, andere Prüfungsleistungen im Prüfungsamt aufzubewahren.

§ 28

In–Kraft–Treten, Außer–Kraft–Treten

(1)<sup>1</sup>Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 2009 in Kraft. <sup>2</sup>Mit Ablauf des 30. September 2009 tritt die Allgemeine Prüfungsordnung vom 30. Januar 2009 (Amtsblatt 2009) außer Kraft.

(2) Der Prüfungsausschuss kann ergänzende und erläuternde Bestimmungen zum Vollzug dieser APO treffen.

(3) Abweichend von Absatz 1 wird die textliche Neufassung der Anlagen zu dieser Prüfungsordnung erst durch Neudruck der Zeugnisse und Urkunden oder im Rahmen einer Neufassung einer SPO, spätestens ab einer Erzeugung der Zeugnisse und Urkunden mit Hilfe der EDV umgesetzt.

---

Ausgefertigt auf Grund des Beschlusses des Senats der Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg vom 4. Februar 2010 sowie der Genehmigung durch den Präsidenten vom 10. Februar 2010.  
Coburg, den 10. Februar 2010

gez.  
Prof. Dr. Pötzl  
Präsident

Diese Satzung wurde am 10. Februar 2010 in der Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg niedergelegt. Die Niederlegung wurde am 10. Februar 2010 durch Anschlag bekannt gegeben. Tag der Bekanntmachung ist der 10. Februar 2010.

---

**Anlage 1**  
**Muster für Diplom–Vorprüfungszeugnisse**

HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN FACHHOCHSCHULE COBURG

---

DIPLOM–VORPRÜFUNGSZEUGNIS (*auslaufend für Diplomstudiengänge*)

für

---

(*Vorname, Familienname, ggf. Geburtsname*)

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
(*Geburtstag*) (*Geburtsort, ggf. Staat*)

im Studiengang

(*Bezeichnung des Studiengangs*)

Pflichtmodule Endnoten

Fachwissenschaftliche Wahlpflichtmodule Endnoten

Allgemeinwissenschaftliche Wahlpflichtmodule Endnoten

*Ggf.:* Das Grundstudium umfasste ein mit Erfolg abgelegtes praktisches Studiensemester /  
Grundpraktikum

Wahlmodule Endnoten

Coburg,  
(*Tag der Feststellung der letzten*  
*Prüfung durch die Prüfungskommission*)

(*Hand- oder Prägesiegel*)

Vorsitzende(r) der  
Prüfungskommission

Die Diplom–Vorprüfung wurde nach Maßgabe der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen  
–RaPO– (BayRS 2210–4–1–4–1–WFK) in der jeweiligen Fassung abgelegt.

**Anlage 2**  
**Muster für Abschlussprüfungszeugnisse**

HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN FACHHOCHSCHULE COBURG

---

BACHELOR- / DIPLOM- / MASTERPRÜFUNGSZEUGNIS

---

(Vorname, Familienname, ggf. Geburtsname)

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
(Geburtstag) (Geburtsort, ggf. Staat)

hat die Bachelor- / Diplom- / Masterprüfung  
im Studiengang (Bezeichnung des Studiengangs)  
(ggf. Bezeichnung der Studienrichtung / des Studienschwerpunkts)

mit dem Gesamturteil  
(Gesamturteil)  
abgelegt

Pflichtmodule	Endnoten	Notengewicht
Fachwissenschaftliche Wahlpflichtmodule	Endnoten	Notengewicht
Allgemeinwissenschaftliche Wahlpflichtmodule (auslaufend für Diplomstudiengänge)	Endnoten	Notengewicht
Bachelor- / Diplom- / Masterarbeit	Endnoten	Notengewicht

Summe der gewichteten Endnoten : Divisor = Prüfungsgesamtnote

*Ggf.:* Das Studium umfasste ein mit Erfolg abgelegtes praktisches Studiensemester.

*oder:* Das Studium umfasste ein mit Erfolg abgelegtes Grundpraktikum und ein mit Erfolg abgelegtes praktisches Studiensemester.

*Oder auslaufend für Diplomstudiengänge:* Das Studium umfasste zwei mit Erfolg abgelegte praktische Studiensemester. Im Rahmen der Diplom-Vorprüfung wurden in weiteren Modulen Leistungsnachweise erbracht, die aus dem Diplom-Vorprüfungszeugnis zu ersehen sind.

Wahlmodule

Endnoten

Coburg,

(Tag der Feststellung der Abschlussarbeit oder der letzten Prüfung durch die Prüfungskommission)

Präsident(in)

(Hand- oder Prägesiegel)

Vorsitzende(r)  
der Prüfungskommission

Die Bachelor- / Diplom- / Masterprüfung wurde nach Maßgabe der Rahmenprüfungsordnung für die Fachhochschulen –RaPO – (BayRS 2210-4-1-4-1-WFK) in der jeweiligen Fassung abgelegt.

Das Gesamturteil lautet:

" mit Auszeichnung bestanden "	bei einer Prüfungsgesamtnote	bis 1,2
" sehr gut bestanden "		von 1,3 bis 1,5
" gut bestanden "		von 1,6 bis 2,5
" befriedigend bestanden "		von 2,6 bis 3,5
" bestanden "		von 3,6 bis 4,0

*Anlage 3*  
*Muster für deutschsprachige Urkunden*

HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN FACHHOCHSCHULE COBURG

---

BACHELOR– / DIPLOM– / MASTERURKUNDE \*

Die Hochschule für angewandte Wissenschaften Fachhochschule Coburg

verleiht (*Frau / Herrn*)

\_\_\_\_\_  
(*Vorname, Familienname, ggf. Geburtsname* \*)

geboren am \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
(*Geburtsdatum*) (*Geburtsort, ggf. Staat*)

auf Grund der  
im (*ggf. akkreditierten*) Bachelor– / Diplom– / Masterstudiengang  
(*Bezeichnung des Studiengangs gemäß SPO*)

erfolgreich abgelegten Bachelor– / Diplom– / Masterprüfung den

akademischen \* Grad

\_\_\_\_\_  
(*Bezeichnung gemäß SPO; bei Diplomstudiengängen zusätzlich: „(FH)“*)

\_\_\_\_\_  
(*Kurzbezeichnung gemäß SPO mit Klammerzusatz ohne das Wort „Kurzform“ \* und bei weiterbildenden Mastern ohne Abkürzungspunkte*)

Coburg,  
(*Tag der Feststellung der Abschlussarbeit oder der letzten Prüfung durch die Prüfungskommission*)

Präsident(in)

(*Hand- oder Prägiesiegel*)

Dekan(in)

\* *Hinweis: sprachlich kein Äquivalent in der englischsprachigen Urkunde möglich bzw. in der jeweiligen Muttersprache überflüssig*

**Anlage 4**  
**Muster für englischsprachige Urkunden**

COBURG UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES  
HOCHSCHULE FÜR ANGEWANDTE WISSENSCHAFTEN FACHHOCHSCHULE COBURG

---

The

COBURG UNIVERSITY OF APPLIED SCIENCES

has awarded the degree of

DIPLOM – (*Bezeichnung gemäß SPO*) (FH)  
oder ggf. BACHELOR oder MASTER OF \_\_\_\_\_  
(*Bezeichnung gemäß SPO*)

(*Kurzbezeichnung gemäß SPO mit Klammerzusatz ohne das Wort „Kurzform“\* und bei weiterbildenden Mastern ohne Abkürzungspunkte*)

to

\_\_\_\_\_  
(*Vorname, Familienname, ggf anstelle: „Geburtsname“: „né(e)“*)

born on \_\_\_\_\_ in \_\_\_\_\_  
(*Geburtsdatum in englischem Format: z.B. 29 January 1985 – February March  
April May June July August September October November December*) (*Geburtsort,  
ggf. Staat*)

in recognition of successful completion of the examinations for an  
approved\* ggf. *alternativ: accredited* ggf *zusätzlich bei Master: postgraduate*\*  
programme of study in \_\_\_\_\_ .  
(*Bezeichnung des Studiengangs gemäß SPO*)

Coburg, \_\_\_\_\_  
(*Tag der Feststellung der Abschlussarbeit oder der letzten Prüfung durch die Prüfungskommission in englischem Format: : z.B. 29 July 2007*)

President

(*Hand- oder Prägesiegel*)

Dean

\* *Hinweis: sprachlich kein Äquivalent in der deutschsprachigen Urkunde möglich bzw. in der jeweiligen Muttersprache überflüssig*